



Presseinformation 12. Februar 2008

Jüdisches Krankenhaus Berlin bietet Tarifvertrag an – ver.di antwortet mit Warnstreik

ver.di hat für den 14.02.2008 zum Warnstreik aufgerufen. Voraussichtlich werden sich ca. 20 % der 200 Pflegekräfte daran beteiligen. Selbstverständlich ist die Patientenversorgung auch während dieser Zeit sichergestellt.

Die Stiftung Jüdisches Krankenhaus Berlin benötigt einen Tarifvertrag, der für ein freigemeinnütziges Krankenhaus im freien Wettbewerb geeignet ist und wirtschaftliches Arbeiten ermöglicht.

In den zurzeit laufenden Tarifverhandlungen bietet die Stiftung ihren Beschäftigten nun einen neuen, zukunftsorientierten Tarifvertrag an. Ziele dieses Tarifvertrages sind:

- dauerhafte Gewährleistung der Patientenversorgung in gewohnter Qualität
- Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit
- Beschäftigungssicherung
- leistungsgerechte Vergütung
- Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenserfolg
- Abschaffung von Ungerechtigkeiten hinsichtlich der Zahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld

Die Gewerkschaft ver.di hat sich mit dem vorliegenden Angebot bis zum heutigen Tage inhaltlich nicht auseinander gesetzt, sondern lehnt Verhandlungen hierüber ab. ver.di erkennt hier die besondere Situation der Krankenhäuser, speziell in Berlin. Die Finanzierung einer möglichen Tarifierhöhung kann aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht über Preiserhöhungen stattfinden, wie in anderen Branchen üblich. Den Kliniken wurde das Budget 2007 vom Gesetzgeber gekürzt und für 2008 quasi eine Nullrunde auf der Einnahmenseite verordnet. Steigende Personalkosten würden zwangsläufig zu Verlusten führen. Das am 07.02.2008 vom RWI und BDO veröffentlichte Gutachten zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Krankenhäuser in den Jahren 2008 und 2009* ermittelte Finanzierungslücken von bis zu 2,2 Mrd.€.

Seit über 250 Jahren stehen die Beschäftigten des Jüdischen Krankenhauses für hervorragende Qualität und besondere Fürsorge in der Patientenversorgung. Sie arbeiten mit hohem Engagement und dürfen nicht von der allgemeinen positiven wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt werden. Deshalb haben wir grundsätzlich Verständnis für die Forderung höherer Einkommen. Unter den o. g. gesetzlichen Rahmenbedingungen sind Tarifsteigerungen jedoch leider nicht möglich. Im Gegenteil, während der Konvergenzphase sind Kostenreduzierungen erforderlich.

Die Stiftung hat gegenüber ver.di ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt.

*Auftragsgutachten der Deutschen Krankenhausgesellschaft erstellt vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) und der internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand

Pressekontakt:

Gerhard Nerlich | Öffentlichkeitsarbeit | Tel. 030.4994.2220 | Fax 030.4994 2516
eMail: gerhard.nerlich@jkb-online.de | www.juedisches-krankenhaus.de